Asien-Newsletter

28. August 2015

Inhaltverzeichnis | Seite

China	*Yuan auf dem Weg zur frei konvertierbaren Währung*	*1*
	Apple rutscht in China auf Platz drei ab	*1*
	Online-Polizei für Chinas Internet	*2*
Japan	*Japans Militärpolitik im Wandel*	*2*
	AKW-Lobby wieder im Sattel	*3*

China

Yuan auf dem Weg zur frei konvertierbaren Währung

Die Kursabwertung des Yuan wird von der chinesischen Zentralbank als Schritt zur Liberalisierung des Währungssystems bezeichnet. Nach den Gesetzen des Marktes wäre die Abwertung der chinesischen Währung ohne hin wahrscheinlich gewesen. Den schwachen chinesischen Exporten hat der „schwache“ Yuan durchaus hilfreiche Dienste erwiesen. Nach den allgemeinen Marktgesetzen will sich die Zentralbank nun auch zukünftig stärker ausrichten. Vom IWF wurde der gemachte Schritt positiv aufgenommen. China beabsichtigt zukünftig mit dem Yuan zu den wichtigsten Währungen weltweit aufzurücken und neben dem US Dollar oder Euro zu eine der Reservewährungen aufzusteigen.
Die Zinsliberalisierung ist ein weiteres großes Projekt der Zentralbank, die gegen den Willen staatlicher Banken durchgesetzt werden soll. Der bisher vom Staat festgelegte Sparzins soll wie der Kreditzins frei verhandelbar sein. Zur Absicherung der Sparguthaben gegen eventuelle Bankpleiten wurde vor ein paar Monaten ein Einlagensicherungsfonds eingerichtet.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 13.08.2015

Apple rutscht in China auf Platz drei ab

Für einige Jahre gelang es Apple mit seinem iPhone den ersten Platz einzunehmen. Grund hier für war der Kultfaktor von Apple gegenüber der Konkurrenz. Chinas wachsende Mittelschicht wollte sich zudem mit dem teuren iPhone von der breiten Masse absetzen. Für Apple zweifellos ein ausgezeichnetes Geschäft. Durch die schnell wachsende Mittelschicht war es jedoch nun vielen möglich sich ein iPhone zu leisten und die damit verbundene Exklusivität ging verloren. Im zweiten Quartal dieses Jahres gelang es den beiden chinesischen Anbeitern Xiaomi mit einem Marktanteil von 15,8% (Platz 1) und Huawei mit 15,6% (Platz 2) an Apple vorbei zu ziehen. Die größeren Displays, die bunten Farben der Gehäuse, sowie der günstige Preis fand bei jungen Chinesen einen entsprechend großen Anklang.
Für Apple ist diese Wende kein großer Grund zur Klage, da trotz des Konkurrenzdrucks die Umsatzzahlen in diesem Jahr um 85 Prozent gestiegen sind und die hohe Rendite kräftige Gewinne erzielt. Davon sind die chinesischen Mitbewerber noch weit entfernt.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 11.08.2015

Online-Polizei für Chinas Internet

Pekings neueste Extremmaßnahmen zur Zensur des Internets bestehen in der Einrichtung von „Online-Polizeiwachen“. Das Netz soll komplett unter Kontrolle gebracht werden, um „illegale Aktivitäten“ zu unterbinden. Die Internet-Polizei kontrolliert als erstes die wichtigsten Webunternehmen und Portalanbieter, auch der börsennotierte Alibaba-Konzern ist betroffen.
Damit eskaliert eine jahrelange Politik zur Unterdrückung freier Meinungsäußerung im Internet. Einige westliche Webseiten wie das Portal der New York Times sind gesperrt, Google und einige seiner Dienste wie Youtube sind nicht abrufbar, Facebook ist ebenfalls nicht zugänglich.
Die etwa 668 Millionen Internetnutzer Chinas werden von einem Zensoren-Heer überwacht. Laut einem Gesetzentwurf kann das Internet sogar ganz abgeschaltet werden, wenn „Gefahr für die nationale Sicherheit oder die öffentliche Ordnung“ besteht.
Der Slogan lautet, im Internet eine „gesunde, harmonische und rechtmäßige Umgebung“ sicherzustellen. Dazu müsse man hitzige Internetdebatten, Betrug, Identitätsdiebstahl, Pornographie, Wettspiel und der Online-Verkauf von Drogen bekämpfen. Mit den neuen Maßnahmen müssen sich auch Betreiber wie China Mobile und der Internetkonzern Tencent auseinandersetzen, der den Kurznachrichtendienst Wechat betreibt, neben der Chatfunktion auch ein elektronisches Bezahlungssystem für viele Produkte. Viele Nutzer stellen dort bisher sogar persönliche Informationen und Fotos online.
Peking ruft die chinesische Internetindustrie nun energisch zur Selbstdisziplin auf, könnten doch Veröffentlichungen „sensibler Ereignisse“ zu Straftaten führen.

Quelle: Frankfurter Allgemeine; 16.08.2015

Japan

Japans Militärpolitik im Wandel

Die von Premier Shino Abe vorangetriebene Öffnung zu einer offensiveren Militärpolitik wird von einer Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. Geplant sind die ersten Auslandeinsätze japanischer Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg. Der in der Verfassung verankerte Pazifismus steht auf dem Spiel. Das Vorhaben von eventuellen Auslandseinsätzen wird von den USA begrüsst, stößt jedoch auf starken Widerstand in der Bevölkerung, die das Verbot der „kollektiven Selbstverteidigung“ in Gefahr sehen. Bisher ist es Japan nicht gestattet angegriffene Verbündete militärisch zu unterstützen.

Quelle: **Zeit, 18.06.2015**

AKW-Lobby wieder im Sattel

Auf Betreiben des Premiers Shinzo Abe ging nun seit zwei Jahren zum ersten Mal wieder ein AKW ans Netz; Sendai, ein 30 Jahre alter Meiler, umgeben von fünf aktiven Vulkanen. Abes Kernkraft-Kurs sieht bis 2030 22 Prozent Atomstrom vor. Er will mit Kernkraft die Wirtschaft beleben, da seine anderen Maßnahmen zur Ankurbelung bisher wenig brachten. Die Verringerung des Imports fossiler Brennstoffe soll dabei helfen, aber Japans Wirtschaft, deren börsennotierte Firmen auf etwa Euro 750 cash sitzen, braucht eher Strukturreformen.
Seit dem Reaktorunglück von Fukushima hat sich die AKW-Lobby mit Hilfe Abes wieder erholt, viele für das Unglück Verantwortliche sitzen weiterhin an sicherheitsrelevanten Posten für Kernkraftwerke. Auch die USA wünscht die Kernkraft in Japan, militärisch relevante Fortschritte in dieser Technologie würden sonst von China und Russland gemacht. Erneuerbare Energien bleiben V unberücksichtigt, obwohl es in Japan 108 aktive ulkane gibt, ideal für die Geothermie. Die Fixierung auf Kernkraft verhindert die Entwicklung einer exportierfähigen Energieversorgung der Zukunft. Die gegenwärtigen AKWs nähern sich ihrer Altersgrenze, bald drohen Energieengpässe. Atomkraft hat kaum mehr Befürworter in der Bevölkerung, am Standort des größten AKWs der Welt verweigert der Gouverneur den Betreibern die Betriebsbewilligung. Der Plan, insgesamt zehn AKWs wieder in Betreib zu nehmen, bringt ökonomisch wenig und schadet Abe politisch. Die Kernkraft als Technik von gestern ist auch zu teuer angesichts der Fortschritte der Alternativenergien. Das Beharren auf Kernkraft ähnelt stark dem Walfang-Thema. Die Amerikaner haben auch Atomenergiefirmen nach Japan verkauft (z.B. Westinghouse).

Quelle: Süddeutsche Zeitung, 11.08.2015; Frankfurter Allgemeine, 15.08.2015

Redaktion: Ulli Jenisch, Georg Jauamnn Kostenlose Abonnement : newsletter@huang-jaumann.de

Huang+Jaumann Wirtschaftsbüro
Bauerntanzgässchen 1, D- 86150 Augsburg
Fon: 49-821-31 99 840
Email. info@huang-jaumann.de
Web. www.huang-jaumann.de

Beratungsleistungen:
Interkulturelles Training
Führungsberatung
Business Coaching